

## 2010 besser beschaffen

Neue Ansätze für mehr Effizienz und weniger Kosten

**(BS/Franz Drey)** Die Politiker streiten darüber, ob die öffentlichen Haushalte durch Wachstum, durch Sparen oder durch Steuern wieder auf die richtige Spur zu bringen sind. Oder durch alles zugleich. Die Beschaffungsverantwortlichen vor Ort wissen längst, dass das Geld auf keinen Fall reichen wird. Egal für welche Lösungen man sich jetzt, im kommenden Jahr oder später entscheiden wird. Der weiter zunehmende Investitionsstau ist unvermeidlich. Die Unterscheidung zwischen dringlich und weniger dringlich bei der Bedarfsprüfung wird immer schmerzhafter. Umso deutlicher wird die Notwendigkeit, nach Einsparmöglichkeiten und Effizienzreserven bei der Art und Weise der Beschaffung zu suchen. Das löst nicht das Grundproblem, verschafft aber Erleichterung.

Entsprechend großzügig hört es sich denn auch an, wenn sich die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag zu einem leistungsfähigen, transparenten, mittelstandsgerechten und unbürokratischen Vergaberecht bekennt. Die Verfahrens- und Vergaberegeln sollen wieder einmal vereinfacht werden. Abgesehen davon, dass die Vereinfachung und Verschlankung der Regeln nicht automatisch eine Straffung der Arbeitsabläufe bedeutet: Die entscheidende Frage im kommenden Jahr wird sein, ob die in diesem Jahr vorgenommenen Vereinfachungen sich in zweierlei Hinsicht bewähren: Haben sie schnelleres Investieren bewirkt? Haben sie Wettbewerb verzerrt oder unkorrektes Vorgehen befördert?

### Die Wirkung der Schwellenwerte

Prof. Joachim Erdmann, Referatsleiter im niedersächsischen Wirtschaftsministerium, ist überzeugt, dass sich die Vergaberechtsvereinfachung "perpetuieren" werde. "Sie

läuft gut", berichtete er auf dem Vergaberechtsforum Niedersachsen. "Von Kungelei zu sprechen ist feuilletonistisch. Die befürchtete Korruptionzunahme ist nicht eingetreten, weil die Leistungen nach wie vor in den Wettbewerb gestellt werden."

### Leistungsvergleiche und E-Vergabe

Die EU-Kommission sieht die Notwendigkeit niedriger Schwellenwerte aktuell anders: Trotz aller Diskussionen um nötige Investitionsimpulse zur Krisendämpfung, setzte sie soeben zum 1. Januar die Schwellenwerte für die Anwendung des EU-Vergaberechts herab: für alle Bauaufträge auf 4.845.000 Euro, für Liefer- und Dienstleistungsaufträge auf 193.000 Euro, für solche der Sektoren auf 387.000 und für Liefer- und Dienstleistungsaufträge oberster oder oberer Bundesbehörden auf 125.000 Euro (siehe auch: Lissabon-Vertrag und Vergaberecht, Seite 30).

Tiefer greifende Effizienzpotenziale lassen sich jedoch nur erschließen,

wenn die öffentliche Hand die Beschaffung insgesamt ins Auge fasst und vor allem die organisatorischen und technischen Grundlagen in den Vordergrund stellt. Vergaberechtliche Vorschriften bilden nur zu beachtende Leitplanken. Neue hilfreiche Ansatzpunkte liefern Stichworte wie das durch die Föderalismusreform II in das Grundgesetz eingebrachte Benchmarking (siehe Seite 30) und das intelligente und flexible Bündeln von Beschaffungsvorgängen u. a. über Dienstleistungszentren, das sich die Bundesregierung, vor allem das Innenressort, als Aufgabe gestellt hat (siehe [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de), 23. November).

Keine großen Sprünge sind in absehbarer Zeit von der E-Vergabe zu erwarten. Wettbewerb äußert sich auf diesem Feld noch zu sehr durch unübersichtliche Softwarevielfalt, die nicht die entschlackten und wirklich notwendigen Arbeits- und Prozessabläufe als Ausgangspunkt hat. Dort anzusetzen ist das Ziel des Projektes Re-proc (siehe auch Behörden Spiegel,

November 09, S. 22). Die öffentliche Seite erarbeitete ein Referenzmodell (jetzt im Internet unter <http://bme.de/Referenz-Prozessmodell>) für den Gesamt Ablauf der Beschaffung. Davon können sich die Gebietskörperschaften die einzelnen Phasen als Module herausgreifen und als Grundlage für IT-Ausschreibungen nehmen. Die Leistungsbeschreibungen werden damit tatsächlich durch den wirklichen Bedarf bestimmt.

### Neue Geschäftsmodelle

Auch auf diesem neuen Weg wird es im Jahr 2010 noch nicht den großen Durchbruch geben. Alle alternativen Ansätze, die öffentliche Beschaffung im Kern effizienter zu gestalten, verlangen Zeit, sollten jedoch zügig angegangen werden. Das kommende Jahr bietet dafür gute Chancen. Das gilt auch für neue Geschäftsmodelle für Beschaffungen, wie die zahlreichen Formen Öffentlich-Privater Partnerschaften, die bislang noch zu sehr im Hintergrund standen (siehe Seite 33 ff).